

Bekanntmachung Nr. 69 / 2016 des Amtes Horst-Herzhorn für die Gemeinde Horst (Holst.)

**Aufstellung der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 12a der Gemeinde Horst (Holst.) für das Gebiet südwestlich der Elmshorner Straße (L 100) und südlich der Straße Horster Viereck (ehemaliger Möbelmarkt Cosa);
hier: öffentliche Auslegung des Planentwurfs nach § 3 Abs. 2 BauGB**

Der von der Gemeindevertretung in der Sitzung am 17. August 2016 gebilligte und zur Auslegung bestimmte Entwurf der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 12a der Gemeinde Horst (Holst.) für das Gebiet südwestlich der Elmshorner Straße (L 100) und südlich der Straße Horster Viereck (ehemaliger Möbelmarkt Cosa), der Entwurf der Begründung mit Umweltbericht dazu sowie die zu dieser Planung bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange liegen

vom 15. September 2016 bis einschließlich 18. Oktober 2016

in der Amtsverwaltung Horst-Herzhorn, Elmshorner Straße 27, 25358 Horst (Holstein), Zimmer 2.06, während folgender Zeiten:

**montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr
und donnerstags von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr**

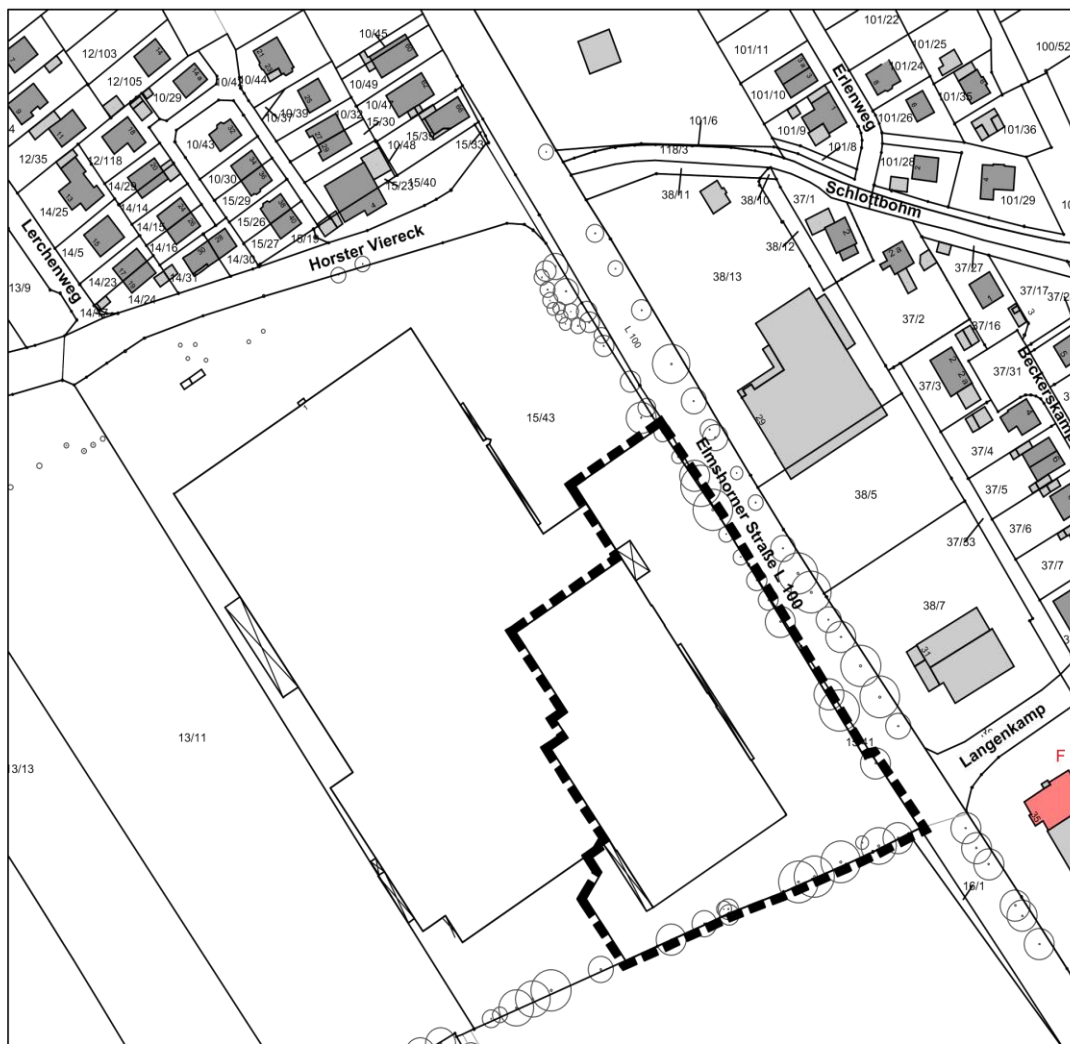
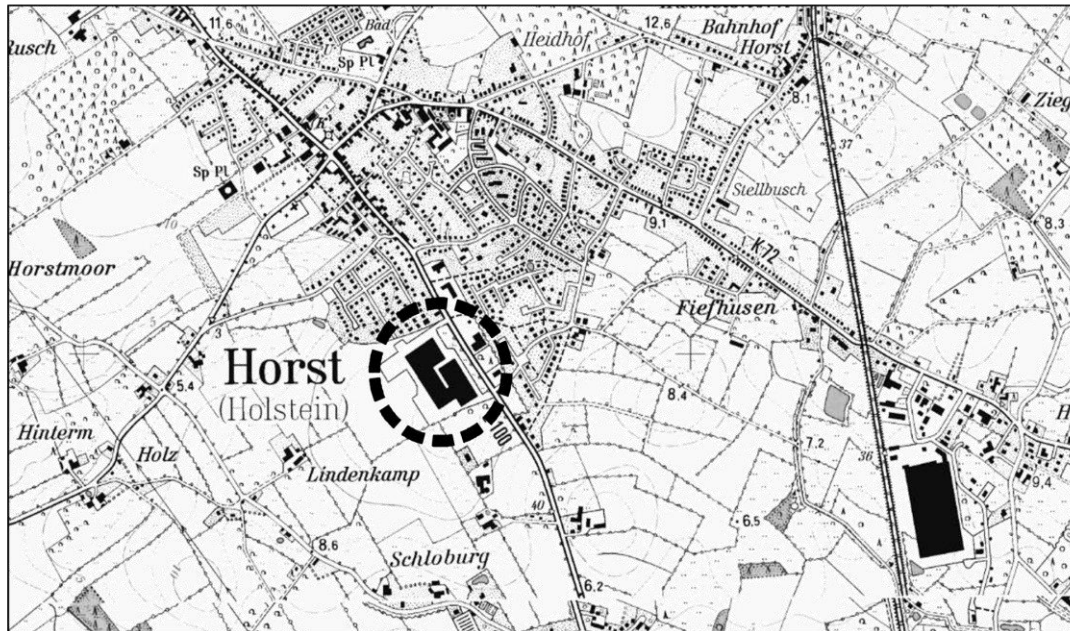
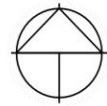
öffentlich aus. Während der Auslegungsfrist können alle an der Planung Interessierten die Planunterlagen einsehen und Anregungen hierzu schriftlich oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorbringen.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben, wenn die Gemeinde den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist. Darüber hinaus ist ein Antrag auf Normenkontrolle (§ 47 VwGO) unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Die Aufstellung der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 12a begründet die Zulässigkeit eines Vorhabens nach Nr. 18.8 der Anlage 1 (Liste der "UVP-pflichtigen Vorhaben") des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), für das eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 3c UVPG durchzuführen ist. Die Einzelfallprüfung hat ergeben, dass keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, da erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt nicht zu erwarten sind. Diese Feststellung ist nach § 3a Satz 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Der vorgesehene Geltungsbereich der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 12a ist in dem nachfolgend abgedruckten Lageplan kenntlich gemacht.

ohne Maßstab



Als Grundlage für die Berücksichtigung der Umweltbelange wurden folgende umweltbezogene Informationen gesichtet bzw. erarbeitet und berücksichtigt:

1. Landschaftsplan der Gemeinde Horst
2. Stellungnahmen von Privatpersonen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB (2016)
3. Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB, frühzeitige Beteiligung (2016), Abwägungstabelle
4. Umweltbericht zur Planung (Landschaftsplaner FRANKE's Landschaften und Objekte) Teil der Begründung (Kapitel 6)
5. Eine Lärmtechnische Untersuchung Gewerbelärm erfolgte mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 12a (9. Änderung B-Plan 12) der Gemeinde Horst durch das Büro Taubert und Ruhe GmbH, Beratende Ingenieure VBI, Blickbargen 151, 25469 Halstenbek (neue Adresse Rellinger Straße 26, 25421 Pinneberg bei Hamburg). Auf Grundlage dieses Gutachtens wurde die Abwägungsempfehlung zu Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB erarbeitet und in Folge dessen Ergänzungen hinsichtlich des Immissionsschutzes in die Begründung eingestellt.
6. Vorprüfung des Einzelfalles zur 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 12a der Gemeinde Horst

In die genannten Unterlagen nach 1 bis 6 kann Einsicht genommen werden.

Hinsichtlich der Umweltbelange wurden im Hinblick auf die Wirkfaktoren von großflächigen Einzelhandelsbetrieben insbesondere die Auswirkungen auf Menschen, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Klima, Luft, Landschaft und Kultur und sonstige Sachgüter geprüft.

Die erforderliche Prüfung im Rahmen eines Regelverfahrens für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 (6) Nr. 7 und § 1a BauGB gem. § 2 (4) BauGB ist dokumentiert in der Begründung und dem zugehörigen Umweltbericht.

Umweltbezogene Informationen zum Schutzgut Mensch

- Es werden Aussagen getroffen zu:

Verkehrsaufkommen, Emissionen und Immission, der Wechselwirkung aufgrund der Veränderung der Marktsituation (Kaufkraftabfluss), Erhöhung der Einkaufsqualität, Anbindung an die Umgebungsstrukturen, Verkehrssicherheit, der Anlieferungsverkehre. Es werden keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen festgestellt.

Umweltbezogene Informationen zu den Schutzgütern Tiere

- Es werden Aussagen getroffen zu:

Lebensräume in den Gehölzsäumen und an den Gebäudestrukturen (Fassaden). Es sind keine erheblich nachteiligen Auswirkungen zu erwarten.

Umweltbezogene Informationen zu den Schutzgütern Pflanzen

- Es werden Aussagen getroffen zu:

Regionaltypische Laubgehölze entlang der östlichen und südlichen Geltungsbereichsgrenze, keine Arten der FFH-Richtlinie, die große Gebäudestruktur sowie große vegetationsfreie Verkehrsflächen. Die Gehölzsäume bleiben unverändert, die Gebäude bleiben in ihrer Grundstruktur erhalten, somit keine erheblich nachteiligen Auswirkungen.

Umweltbezogene Informationen zu den Schutzgütern Boden, Wasser

- Es werden Aussagen getroffen zu:

Bereits bestehender Versiegelung und überformten Boden, weitere Flächenbeanspruchungen sind nicht möglich. Es sind keine Auswirkungen auf das Schutzgut Boden ermittelt worden.

Ober- und unterirdischen Gewässern, Grundwasser und Oberflächenwasser. Es wird keine Erhöhung oder Reduzierung des Oberflächenwassers festgestellt, somit keine Auswirkungen.

Umweltbezogene Informationen zu den Schutzgütern Klima und Luft

- Es werden Aussagen getroffen zu:

Großklimalage und Lokalklima. Es ergeben sich keine Hinweise zu Veränderungen.

Es kann zu einer Erhöhung des Kraftverkehrsaufkommens kommen, somit nicht erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Luft.

Umweltbezogene Informationen zum Schutzgut Landschaftsbild

- Es werden Aussagen getroffen zu:

Großflächigen Gewerbebauten, Übergang in die freie Landschaft sowie Veränderungen zum Erscheinungsbild durch eine neue Fassadengestaltung.

Umweltbezogene Informationen zum Schutzgut Kultur und sonstige Sachgüter

- Es werden keine Aussagen getroffen bzw. Hinweise gegeben zu Kultur und Sachgütern.

Horst (Holstein), den 1. September 2016

Amt Horst-Herzhorn

Der Amtsvorsteher

gez. Mohrdiek

Amtsvorsteher